



Lisa Badum MdB
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Klimapolitik

Ergebnisse des Bürger*innenrats Klima

Bewertung und Einschätzung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stand: 12.08.2021

Hintergrund

Von April bis Juni 2021 tagten 160 zufällig ausgeloste Menschen im Bürger*innenrat Klima unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident a.D. Horst Köhler und stellten sich der Frage, wie wir in Deutschland im Einklang mit den Pariser Klimaschutzziele leben können und wollen. Am 24.06.2021 wurden die über 80 Empfehlungen für die Sektoren Mobilität, Gebäude und Wärme, Ernährung und Energie Herrn Köhler übergeben. Alle Empfehlungen können unter <https://buergerrat-klima.de/die-ergebnisse> eingesehen werden. Im Herbst sollen die Ergebnisse dieses Bürger*innenrates in Form eines Gutachtens an die Politiker*innen übergeben werden, mit der Aufforderung, sie in den Koalitionsverhandlungen angemessen zu berücksichtigen.

Grundsätzliche Bewertung

- **Wir begrüßen die klare Orientierung am 1,5-Grad-Ziel** als zukünftige Richtschnur für das Handeln der Politik. **Die Ergebnisse des Bürger*innenrats Klima zeigen vor allem, dass die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft viel größere Ambitionen für eine nachhaltige Zukunft hat, als die zögernde Klimapolitik der Großen Koalition in den letzten Jahren zu leisten vermochte.** Auch wenn es CDU, CSU und SPD immer wieder abstreiten: Es gibt gesellschaftliche Mehrheiten für sehr konkrete und zugleich soziale Klimaschutzmaßnahmen. Das Programm zeigt deutlich: Die Bürger*innen sind bereit für echten und ambitionierten Klimaschutz:
- So sprechen sich **81%** der Teilnehmer*innen des Bürger*innenrats für eine **Klimadividende bzw. eine Pro-Kopf Pauschale** zum sozialen Ausgleich für eine CO₂-Bepreisung aus. Eine Mehrheit der Teilnehmenden fordert zudem ein **generelles Tempolimit von 120km/h** auf Bundesautobahnen (58%) die **Einstellung der Erstzulassung von Verbrennern bis spätestens 2030** (79%) sowie ein **Vorziehen des Kohleausstiegs auf 2030** (89%).
- **Ein ausführlicher Vergleich der Ergebnisse des Bürger*innenrats Klima mit dem grünem Wahlprogramm zeigt: Es gibt sehr große inhaltliche Übereinstimmungen zwischen den klimapolitischen Forderungen der Bürgerinnen und Bürger und unseren inhaltlichen Positionen.** Dies sehen wir als große Bestätigung und Rückenwind für unsere Politik: einen ambitionierten und sozialen Klimaschutz, der sich am Pariser Abkommen orientiert.
- **Wir begrüßen die übergeordneten Leitsätze des Bürger*innenrats Klima,** insbesondere, dass die **Klimawende generationengerecht** gestaltet werden soll. Wir freuen uns daher sehr, dass sich der Rat ebenso wie wir für ein **Herabsetzen des Wahlalters auf 16 Jahre** einsetzt. Denn ein auf 16 Jahre herabgesetztes Wahlalter gibt der jungen Generation mehr Einfluss und erhöht den Druck auf die Politik, sich für nachfolgende Generationen und eine klimagerechte Welt einzusetzen.

- **Wir unterstützen Bürger*innenräte als Form der direkten Beteiligung am politischen demokratischen Aushandlungsprozess.** Gerade in Zeiten starker politischer Polarisierung und gesellschaftlicher Pluralisierung tragen sie dazu bei, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen wieder miteinander ins direkte Gespräch zu bringen, Bündnisse zu stärken, Konsens zu finden aber auch eigene Haltungen zu reflektieren. So kann eine gemeinsame Idee für die Zukunft dieses Landes entwickelt werden. Im Austausch von Argumenten und Perspektiven kann in einer zersplitterten Gesellschaft Zusammenhalt gesichert werden und eine gemeinsame Vision für die Zukunft – z.B. im Bereich Klimaschutz – gefunden werden.
- **Wir Grüne fordern seit vielen Jahren Instrumente der direkteren Beteiligung und Mitbestimmung der Bürger*innen auf Bundesebene auszubauen, dazu gehört für uns auch der verstärkte Einsatz von Bürger*innenräten.** Eine vielfältige Demokratie braucht Einmischung, Repräsentanz, Lust zur Auseinandersetzung und Kompromissfähigkeit. Angesichts der bei vielen anderen politischen Entscheidungsträgern vorherrschenden Ängstlichkeit in Bezug auf wirksamen Klimaschutz hilft ein Bürger*innenrat enorm. Denn er kann dabei mitwirken, bestehende Bedenken zu überwinden und gibt eine verlässliche demoskopische Grundlage über Einstellungen, Stimmungen und Perspektiven der Bevölkerung.
- **Wir wollen, dass unsere Bevölkerung die Möglichkeit bekommt, die politische Agenda stärker selbst zu gestalten.** Im Grünen Wahlprogramm zur Bundestagswahl heißt es daher: *„Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die Demokratie und stärken die Repräsentanz. Mit Bürger*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die Alltagserfahrung von Bürger*innen in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Wir sorgen in einem ersten Schritt dafür, dass es eine gesetzliche Grundlage für Bürger*innenräte gibt und sich das Parlament mit den Ergebnissen beschäftigen muss.“* Die Forderung nach einer solchen gesetzlichen Grundlage – einem sog. „Beteiligungsgesetz“ – hatten wir als Fraktion bereits im März 2021 in einem Antrag in den Bundestag eingebracht (siehe <https://dserver.bundestag.de/btd/19/278/1927879.pdf>). Ein Bürger*innenrat soll unserer Auffassung nach sowohl auf Beschluss der Regierung, des Parlaments aber auch aus der Mitte der Bevölkerung auf Grundlage eines Volksbegehrens einberufen werden können.
- **Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle Fraktionen des Deutschen Bundestages mit den Ergebnissen des Klima-Bürger*innenrates auseinandersetzen** und dazu eine Stellungnahme abgeben. Als Grüne Bundestagsfraktion wollen wir hierbei Vorbild sein.
- Auch darüber hinaus fordern wir, dass ein **verbindlicher Modus** geschaffen wird, damit **Berichte zum Stand der Umsetzung bzw. Wirkung von Bürger*innengutachten/-empfehlungen z.B. dem Deutschen Bundestag und in offener Drucksache damit der Öffentlichkeit vorgelegt werden.**
- **Wir haben den Bürger*innenrat schon zum Austausch in Fraktionsgremien eingeladen.** Wir werden die Ergebnisse des Bürger*innendialogs ernst nehmen und ernsthaft prüfen, welche der vielen qualifizierten Empfehlungen wir in politische Handlungen übersetzen können. Eine erste Einschätzung dazu bietet bereits die hier vorgelegte Stellungnahme.

Bewertung der Vorschläge im Detail

Übergeordnete Leitsätze

- **Wir begrüßen, dass der Bürger*innenrat Klima sich eindeutig zum 1,5-Grad-Ziel bekannt hat** und die Erreichung des 1,5 Grad Ziels als **oberste Handlungsmaxime** anerkannt hat.
- **Wir teilen das klare Plädoyer des Bürger*innenrats, dass alle Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen müssen:** Wirtschaft, Politik und Gesellschaft - und dass diese Veränderung als Chance wahrgenommen wird.
- **Wir begrüßen, dass die Bürgerinnen und Bürger fordern, dass der Klimaschutz generationengerecht, sozial und global gerecht sein muss.** Wir unterstützen die Forderungen des Rates für ein Wahlalter ab 16 Jahre, einen Klimaschutz, der gerecht auf alle Schultern verteilt wird, und wir teilen die Einschätzung, dass Deutschland als reiches Industrieland eine besondere Verantwortung für die vom Klimawandel besonders betroffenen Länder trägt.
- **Wir teilen die Einschätzung des Bürger*innenrats Klima, dass die Zukunft der Wirtschaft klimaneutral sein muss** und Deutschland als globales Vorbild für klimaneutrales Wirtschaften vorangehen sollte.

Handlungsfeld Energie

- Wir begrüßen, dass der Bürger*innenrat Klima sich eindeutig zur wichtigen Rolle der Ordnungspolitik bekennt und sich dafür ausspricht, dass der **Staat attraktive Rahmenbedingungen und Anreize für die Energiewende** schaffen muss. Diese wurden unter der Großen Koalition in den letzten Jahren deutlich verschlechtert.
- Wir teilen die Empfehlung der Bürgerinnen und Bürger, dass die **Stromversorgung in Deutschland bis 2035 zu 100% aus erneuerbaren Energien** gedeckt werden soll.
- Die **Forderung, dass jede Kommune bis 2023 unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger einen Plan zur Umsetzung der kommunalen Klimaneutralität im Energiesektor bis 2030** entwickeln soll, ist ein spannender und sehr ambitionierter Vorschlag, dessen Umsetzung wir mit Expert*innen prüfen lassen wollen. Ob der Bund diese Vorgabe machen kann, muss geklärt werden. Klar ist allerdings: Hierfür brauchen die Kommunen zusätzliche Unterstützung vom Bund. Wir müssen dafür sorgen, dass die Städte und Gemeinden die zahlreichen Mittel der Förderprogramme des Bundes in Zukunft wesentlich unbürokratischer und schneller beantragen können als bisher. Dafür braucht es eine auf Dauer angelegte niedrigere Eigenbeteiligung der Kommunen sowie eine grundlegende Evaluation der nationalen Klimaschutzförderpöfe, um sicherzustellen, dass die Kommunen die Gelder in Zukunft auch vollständig abrufen können.
- **Angesichts der Naturkatastrophe in NRW und Rheinland-Pfalz sollten die Kommunen nicht nur Pläne zur Klimaneutralität entwickeln, sondern zusätzlich auch regionale Strategien zur Anpassung an den Klimawandel.** Wir wollen die Klimavorsorge stärker als bisher als Querschnittsaufgabe verankern. Es braucht eine

gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen für die nächsten Jahrzehnte. Der Staat muss gezielt den Menschen und den Kommunen helfen, die sich die notwendigen Maßnahmen zur Vorsorge nicht so einfach leisten können. Bund und Länder sollten daher gemeinsam erarbeiten, wie die Klimavorsorge über bestehende oder neu zu schaffende Gemeinschaftsaufgaben bewältigt und finanziert werden kann. Der Rahmen für alle gemeinsamen Anstrengungen sollte durch ein **Klimavorsorgegesetz** geschaffen werden.

- Wir begrüßen ausdrücklich die Forderung des Bürger*innenrats Klima, eine **PV-Pflicht auf Dachflächen bei Neubauten ab 2022** einzuführen. Aus unserem Wahlprogramm: *„Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen neuen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten.“* Grün-regierte Bundesländer wie Berlin, Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen haben eine PV-Pflicht bei Neubauten bereits eingeführt oder planen, eine Gesetzgebung hierzu in Kürze auf den Weg zu bringen.
- Wir begrüßen sehr, dass sich die **Bürgerinnen und Bürger mit deutlicher Mehrheit** dafür ausgesprochen haben, dass die **derzeitigen Mindestabstände für Windenergieanlagen aufgehoben** werden sollen. Leider hat die schwarz-gelbe Regierung in NRW unter der Führung von Armin Laschet vor kurzem das Gegenteil getan und hat Mindestabstandsregelungen für Windräder eingeführt. Auch die Große Koalition im Bund hat die Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert und den Ausbau massiv abgebremst.
- Die Empfehlungen des Bürger*innenrats Klima zur **stärkeren Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Windenergie** und eine **angemessene finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger teilen wir** – im Sinne der Akzeptanz der Energiewende und weil sie die Genehmigungsverfahren damit beschleunigen können – sie decken sich mit unserer Position im Wahlprogramm: *„Wir sorgen mit frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung vor Ort, klaren Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für Wind sowie mit Ausschlussgebieten und gezielten Artenschutzprogrammen für eine anwohner*innenfreundliche und naturverträgliche Standortwahl (...) Wir werden die Planungen und Genehmigungen durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen.“* Und: *„Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb werden wir Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und alle europarechtlich garantierten Möglichkeiten für Bürger*innen-Energiegemeinschaften vollumfänglich ausschöpfen. Die Kommunen beteiligen wir verbindlich an den Einnahmen aus den Erneuerbaren-Anlagen, sodass gerade der ländliche Raum von den Gewinnen profitiert. Zudem wollen wir Mieterstrom fördern, entbürokratisieren und so weiterentwickeln, dass Mieter*innen stärker vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren.“*
- Der Vorschlag des Rates, die **Mindestgarantie auf Elektrogeräte auf 10 Jahre auszuweiten teilen wir in der Form so nicht. Wir möchten hier lieber die Gewährleistung stärken, denn diese ist anders als die Garantie rechtlich abgesichert.** Zusätzlich zu einer verlängerten Gewährleistung sollte es auch eine verpflichtende Angabe über die zu erwartende Lebensdauer eines Gerätes geben. Von der Grundidee stimmen wir der Empfehlung zu, in der Ausgestaltung muss das

aber letztlich etwas anders umgesetzt werden: „Durch die Verdopplung der Gewährleistungsfristen auf vier Jahre, die Erweiterung der Beweislastumkehr auf zwei Jahre und eine Angabe der vom Hersteller vorgesehenen Lebensdauer wollen wir erreichen, dass Geräte für eine längere Lebensdauer gebaut werden. So werden wir die Spielräume der EU-Vorgaben voll ausschöpfen und uns gleichzeitig für mehr Verbraucherschutz in der EU engagieren.“

Handlungsfeld Mobilität

- **Die Empfehlungen des Bürger*innenrats Klima im Handlungsfeld Mobilität stimmen überwiegend mit unseren Positionen überein:**
 - ✓ Der öffentliche Verkehr, Radverkehr und Fußverkehr muss Priorität vor dem motorisierten Individualverkehr haben und im Fernverkehr der Bahnverkehr vor dem Flugverkehr
 - ✓ Deutlicher Ausbau und finanzielle Stärkung des ÖPNV
 - ✓ Umschichtung der Subventionen vom motorisierten Individualverkehr hin zu klimafreundlicher Mobilität
 - ✓ Massiver Ausbau der Schieneninfrastruktur und Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene
 - ✓ Tempolimit von 120 km/h (Grünes Wahlprogramm: 130 km/h) auf Bundesautobahnen und die Möglichkeit für Kommunen das Regel-Ausnahme-Verhältnis beim Tempolimit in geschlossenen Ortschaften umzukehren, um Tempo 30 zur Regel zu machen
 - ✓ Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer
 - ✓ Einführung einer nationalen Steuer auf Kerosin für Inlandsflüge
 - Recht auf Homeoffice / mobiles Arbeiten
- **Wir schließen uns der Forderung des Bürger*innenrats Klima an, dass die Kommunen und Länder beim Ausbau des ÖPNV vom Bund besser unterstützt werden müssen.** In unserem Wahlprogramm heißt es: „Wir wollen mit den Ländern daher eine Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards für Erreichbarkeit und Erschließung einführen, erweiterte Angebote an öffentlicher Mobilität in ländlichen Räumen entwickeln, lokale Initiativen unterstützen und Radwege ausbauen. Gerade in strukturschwachen Regionen braucht es eine regelmäßige, verlässliche und barrierefreie Anbindung an den ÖPNV, z.B. durch Schnellbuslinien, und an Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre.“
- **Wir unterstützen die Empfehlung des Bürger*innenrats Klima, die Digitalisierung stärker zu nutzen,** denn „Echtzeitinformationen und ein einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard werden. Damit man problemlos überall von A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote von 120 Verkehrs- und Tarifverbänden in Deutschland vereinfachen und verknüpfen und Sharing- und Ridepooling-Dienste so integrieren, dass Sozial- und Umweltdumping ausgeschlossen sind.“
- Die Forderung des Bürger*innenrats Klima, die **Erstzulassung von Verbrennern bis 2027, spätestens 2030 einzustellen,** entspricht nahezu unserer Linie. Wir fordern in

unserem Wahlprogramm das Zieldatum 2030, da mit einem früheren Aus ein sozial gerechter Umbau der Automobilindustrie kaum gewährleistet werden kann. **Eine finanzielle Förderung – auch für eine Übergangszeit – von synthetischen Kraftstoffen für Pkw lehnen wir aus Kosten- und Effizienzgründen ab.** Da die Herstellung von synthetischen Kraftstoffen extrem teuer und energieaufwendig ist, sollte diese Kraftstoffe nur dort eingesetzt werden, wo keine Alternativen auf dem Tisch liegen, bspw. beim Luftverkehr.

- **Eine Abwrackprämie für klimaschädliche Fahrzeuge lehnen wir ebenfalls aus Kosten- und Klimaschutzgründen ab.** Die bisherigen Erfahrungen mit der Abwrackprämie zeigen, dass die Klimaschutzeffekte sehr gering waren.

Handlungsfeld Gebäude und Wärme

- **Diese Empfehlungen des Bürger*innenrats Klima im Handlungsfeld Gebäude und Wärme stimmen weitestgehend mit unseren Positionen überein:**
 - ✓ Finanzierung energetischer Gebäude auf breite Basis stellen und die Kosten auf Vermieter*innen, Mieter*innen und den Staat aufteilen
 - ✓ Förderung von ökologischen Baustoffen
 - ✓ Steuerliche Förderung von klimafreundlicher Wärmeversorgung sowie von Sanierungs- und Wärmeplänen für Kommunen und Quartiere
 - ✓ Keine neuen Ölheizungen
 - ✓ Verbindliche Wärme- und Energieplanungen für Kommunen
 - ✓ Förderung von digitalen Prozessen bei der Bau- und Sanierungsplanung
 - ✓ Bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor stärker an europäischen Best-Practice-Ländern wie Dänemark oder den Niederlande orientieren
 - ✓ Klimaneutrale Verwaltung als Vorbildfunktion

Folgende Forderung des Bürger*innenrats Klima sehen wir positiv, schätzen diese jedoch als sehr ambitioniert ein. Wir wollen deren Umsetzbarkeit daher im Detail und im Dialog mit Expert*innen prüfen:

- Für **jedes Gebäude** muss bis zum **Jahr 2024** eine Einschätzung mit einer **Sanierungsampel** erstellt und eine **kostenlose Sanierungsberatung** zur Verfügung gestellt werden.

Handlungsfeld Ernährung / Landwirtschaft

- **Die Empfehlungen des Bürger*innenrats Klima im Handlungsfeld Ernährung stimmen weitestgehend mit unseren Positionen überein:**
 - ✓ Die deutsche Landwirtschaft muss sich klar am Pariser Abkommen und dem 1,5-Grad-Pfad orientieren
 - ✓ Agrarwende und Strukturwandel von der konventionellen Landwirtschaft, die auf Massentierhaltung und Pestizide setzt, hin zu einer klimafreundlichen und ressourcenschonenden bäuerlichen Landwirtschaft

- ✓ Die EU-Subventionen für die Landwirtschaft dürfen sich in Zukunft nicht mehr an der Fläche, sondern an Kriterien wie Klima-, Tier- und Umweltschutz orientieren
- ✓ Deutliche Reduzierung der Nutztierhaltung
- ✓ Keine Patente auf Saatgut
- ✓ Eindämmung der systematischen Überproduktion und Verschwendung von Lebensmitteln
- ✓ Transparentere Kennzeichnung von Lebensmitteln
- ✓ Verstärkte öffentliche Aufklärung und finanzielle Förderung für eine gesunde und klimafreundliche Ernährung (Planetary Health Diet). Sinnvoll finden wir auch, dass sich in Zukunft die Speisepläne von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern oder Pflegeheimen stärker auf gesunde, regionales und nachhaltiges Essen ausrichten.

Instrumente für die Transformation

- **Die Empfehlungen des Bürger*innenrats Klima im Handlungsfeld „Instrumente für die Transformation“ stimmen überwiegend mit unseren Positionen überein:**
 - ✓ CO₂-Preis als verbindliches Instrument für die Wirtschaft und die Gesellschaft
 - ✓ Regelmäßiger öffentlicher Bericht über die Bepreisung, Einnahmen und Verwendung des CO₂-Preises
 - ✓ Klimadividende bzw. Pro-Kopf-Pauschale zum sozialen Ausgleich des CO₂-Preis, bei uns „Energiegeld“ genannt

Im Überblick

*Zentrale Empfehlungen des Bürger*innenrat Klima und Schnittmengen mit dem Grünen Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021*

Ergebnisse Bürger*innenrat Klima	Grünes Bundestagswahlprogramm 2021
<p>Das 1,5 Grad Ziel hat oberste Priorität. (...) Um den Erhalt der Lebensgrundlage aller Menschen, von dem die Zukunft der nachfolgenden Generationen abhängt, sicherzustellen, ist das 1,5 Grad Ziel nicht verhandelbar. Jedes neue Gesetz ist auf seine Klimaschutzwirkung zu überprüfen und darf den Klimazielen nicht entgegenwirken.</p>	<p>Wir stellen in einer künftigen Regierung das Pariser Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus. Wir lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-Pfad führen.</p>

<p>Es soll eine Klimadividende bzw. Pro-Kopf-Pauschale zum sozialen Ausgleich für die Mehrausgaben durch die CO2-Bepreisung eingeführt werden.</p>	<p>Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO2-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück und entlasten sie direkt, indem sie eine Rückerstattung pro Kopf bekommen</p>
---	--

Beispiele Energiesektor

<p>Die gesamte Energieversorgung Deutschlands soll bis 2035 zu 70% und bis 2040 zu 90% aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Im Stromsektor sollen die 100% bereits bis 2035 erreicht sein.</p>	<p>Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen. So kann Deutschland in 20 Jahren klimaneutral werden.</p>
---	---

<p>Die Nutzung von Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen muss ab 2022 schrittweise verpflichtend eingeführt und in Bebauungsplänen festgehalten werden.</p>	<p>Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen neuen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten</p>
--	---

<p>Der Kohleausstieg soll vorgezogen und bis 2030 - statt 2038 - umgesetzt werden.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden.</p>
---	--

Beispiele Mobilitätssektor

<p>Der öffentliche Personennahverkehr soll umfangreicher, attraktiver und günstiger werden.</p>	<p>Busse und Bahnen sind für alle da, bieten preiswerte Mobilität und verringern den Autoverkehr. Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss der öffentliche Personennahverkehr attraktiver, innovativer und vollständig barrierefrei werden.</p>
--	--

<p>Finanzmittel für Verkehrsinfrastruktur sollen in den Ausbau von Schienenwegen und Radverkehr statt in den Straßenbau fließen. Subventionen für den motorisierten Individualverkehr sollen zu klimafreundlicher Mobilität und</p>	<p>Bahn: Wir wollen 100 Milliarden Euro, verteilt auf die Jahre bis 2035, zusätzlich in Schienennetz und Bahnhöfe investieren und im Zusammenwirken mit den Ländern die Regionalisierungsmittel zweckgebunden noch einmal erhöhen, sodass sich die Pro-Kopf-Investitionen an das europäische Niveau angleichen.</p>
--	--

ressourcenschonenden Verfahren umgeschichtet werden.

Kurzstreckenflüge sollen vermieden werden. Die Ticketpreise für das Fliegen sollen die Klimakosten abbilden – dafür soll die Kerosinsteuerbefreiung aufgehoben und die Luftverkehrssteuer erhöht werden.

Kurzstreckenflüge wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig machen, indem wir massiv Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen – ausweiten und für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln sorgen, die die ökologischen Kosten widerspiegeln.

Die **Erstzulassung für Pkw mit Verbrennungsmotor soll 2030 eingestellt** werden.

Ab 2030 dürfen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden.

Die Bürger*innen votieren für ein **Tempolimit von 120 km/h auf Bundesautobahnen** und Kraftfahrstraßen, 80 km/h auf Landstraßen und **30 km/h in Innenstädten.**

Tempo 30 ist dann die Regel, Abweichungen wie Tempo 50 werden vor Ort ausgewiesen. Für die **Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130 km/h.** Wenn besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in Städten oder Ballungsgebieten oder um sie herum, dann gelten maximal 120 km/h.

Deutschland soll existierende **internationale Energiepartnerschaften vertiefen,** stärken und weltweit für den Ausbau erneuerbarer Energien werben.

Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften wollen wir Innovation für Klimaneutralität global vorantreiben, den massiven Ausbau Erneuerbarer Energien unterstützen und Anpassung stärken, damit die Weltgemeinschaft auf den 1,5-Grad-Pfad kommen kann

Beispiele Gebäudesektor

Öffentliche und behördliche Gebäude soll bis 2036 energetisch saniert werden.

Die **Sanierungsquote muss sehr schnell verdoppelt und weiter gesteigert werden.** Der Einsatz von serieller Sanierung kann hier ein Weg sein. **Die öffentliche Hand muss mit ihren Gebäuden als Vorbild vorangehen.**

Die Kosten einer **energetischen Sanierung von Wohngebäuden soll zu 50 Prozent der Bund tragen, jeweils 20 Prozent sollen Kommune und Wohnungseigentümer:in beisteuern.** Die verbleibenden zehn Prozent sollen die Mieter:innen zahlen.

Wir wollen mit dem sogenannten **Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilen,** sodass sie für alle bezahlbar und für die Vermieter*innen angemessen wirtschaftlich werden.

Beispiele Ernährung

Die Überproduktion von Nahrungsmitteln in Deutschland soll verringert werden, ebenso die Verschwendung und Vernichtung von Lebensmitteln.

Gegen die Lebensmittelverschwendung gehen wir entschlossen vor. Wir wollen mit einem **Rettet-die-Lebensmittel-Gesetz** verbindliche Reduktionsziele einführen, Lebensmittelhandel und -produzent*innen verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben, statt sie wegzuerwerfen. Lebensmittel aus dem Müll zu retten – das sogenannte **Containern** – muss entkriminalisiert werden.

Bis 2030 soll eine "Klimaampel" für alle Lebensmittel eingeführt werden. Werbung für klimaschädliche und ungesunde Produkte, die sich vor allem an Kinder richtet, soll verboten werden.

Mit verständlichen **Informationen über Zutaten, Herkunft, Herstellung und zum ökologischen Fußabdruck** wollen wir für die **nötige Transparenz** sorgen. Wir werden eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung mit anspruchsvollen Kriterien für Fleisch und andere Lebensmittel aus oder mit tierischen Bestandteilen einführen und uns dafür einsetzen, dass dies auch EU-weit verbindlich wird.
